

Digitalministerkonferenz

Umlaufbeschluss 03/2025

Beschluss

Berlin, Hessen

Stärkung der föderalen Zusammenarbeit:

Gemeinsam schneller handeln – Nutzbarmachung von Services des ITZBund in der Deutschen Verwaltungscld befördern

Mit der Gründung des neuen Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) ist die Bundesregierung einen wichtigen Schritt hin zu einer schnelleren und effizienteren Transformation der öffentlichen Verwaltung und somit einem modernen und digital handlungsfähigen Staat gegangen. Um diesen Modernisierungsschub in der öffentlichen Verwaltung konsequent umzusetzen, ist eine engere Zusammenarbeit – beispielsweise in Form von gemeinsamen IT-Standards und Systemen – erforderlich. Eine stärkere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen bietet das Potential, Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln und mit klaren Verantwortlichkeiten schneller Lösungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bereitzustellen.

Die Digitalministerkonferenz greift anknüpfend an den Beschluss der 2. DMK zur Umsetzung der Deutschen Verwaltungscld und die Rückmeldung des Bundes deshalb erneut die Nutzbarmachung der Cloud-Services der Deutschen Verwaltungscld (DVC) für alle föderalen Ebenen auf und fasst folgenden Beschluss:

1. Die Digitalministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, die Vernetzungsmöglichkeiten des ITZBund erneut zu prüfen. Ziel ist eine einfachere Erreichbarkeit und Verfügbarmachung von Diensten – bspw. durch einen Beitritt in die GovDigital eG. und die Nutzbarmachung seiner Cloud-Services in der Deutschen Verwaltungscldoud (DVC).
2. Die Digitalministerkonferenz bittet die Bundesregierung, zur Stärkung der föderalen Zusammenarbeit den interessierten Ländern eine zeitnahe Beteiligung am Zentrum für digitale Souveränität (ZenDiS) als Gesellschafter zu ermöglichen und die etwaigen rechtlichen Hürden zeitnah auszuräumen.